



# Unser

Organ der SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Maschin



„Hunderte neue Wohnungen und der enorme Zuwachs an Mitgliedern verlangte eine moderne Verwaltung. ... Mit Mühe bekamen wir eine Baugenehmigung für den Bauplatz in der Leibnizstraße 1a, aber es gab keine Bilanzen, keinen Baubetrieb, kein Material. Also mussten wir alles selber machen. Allein mit aktiven Genossenschaftsmitgliedern und Feierabendbrigaden wurde das Gebäude errichtet, ein sogenannter **Initiativbau.**“ Dieter Birke, ehemals Technischer Leiter der AWG „Frohe Zukunft“

● **Auftakt zur Plandiskussion 1975 gegeben**

## 1975 stellt

# Werk

Nr. 13/74

25. Jahrgang

28. Juni 1974

Preis 10 Pfennig

enfabrik Halle



## Genossen der FKP besuchten Mafa

In Begleitung der Genossen Dr. Kirchner, Abteilungsleiter Industrie der Bezirksleitung (4. v. 1.), und Kurt Pfitzmann, 2. Sekretär der Stadtleitung Halle der SED (2. v. 1.), besuchte am 19. Juni eine Delegation des Departements du Nord Lille der Französischen Kommunistischen Partei die Maschinenfabrik Halle. Die Delegation wurde von Genossen Alain Boucquet, Sekretär für Organisation der Departementsleitung der FKP, geleitet. Während ihres Aufenthaltes in der Maschinenfabrik informierte Genosse Boucquet die Maschinenbauer über die Lage in Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen und den Kampf der FKP, deren Stimmenanteil bei den Wahlen um nahezu 4 Prozent gegenüber den vorhergegangenen Wahlen angestiegen ist.

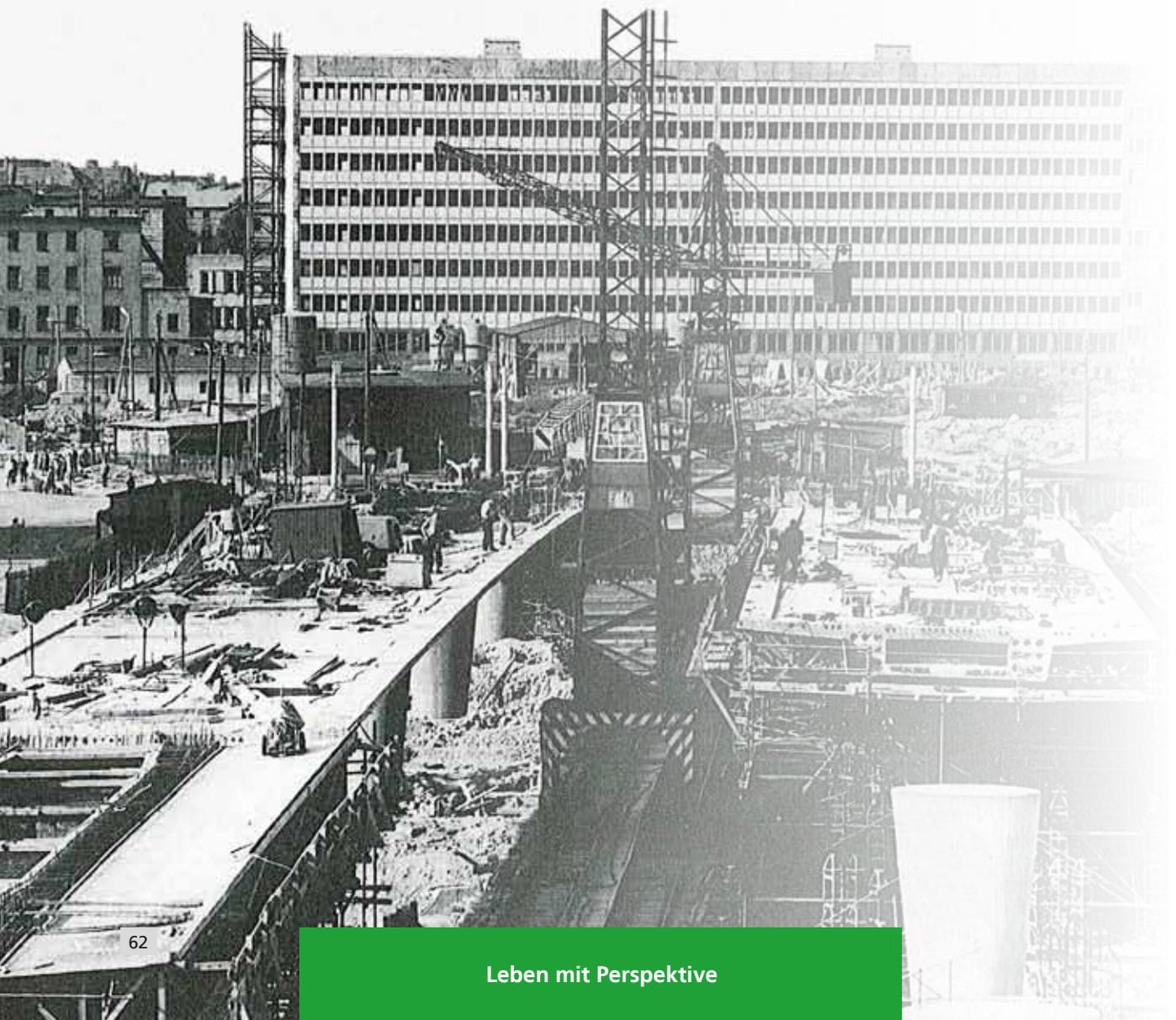
Auf  
grü

Die 1970er Jahre

neue Aufgaben

## Ankunft im Zeitalter des Plattenbaus

+++ Am Thälmannplatz entsteht der erste, in der schnelleren industriellen Plattenbauweise errichtete Genossenschaftsbau. Es ist jedoch nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“, denn noch immer warten Tausende auf ein neues, modernes Heim. +++ Der VIII. Parteitag der SED beschließt die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und verspricht nunmehr: „Jedem eine Wohnung“. +++ In der Leibnizstraße baut sich die AWG für die Bewältigung der enormen Aufgaben eine Geschäftsstelle. +++

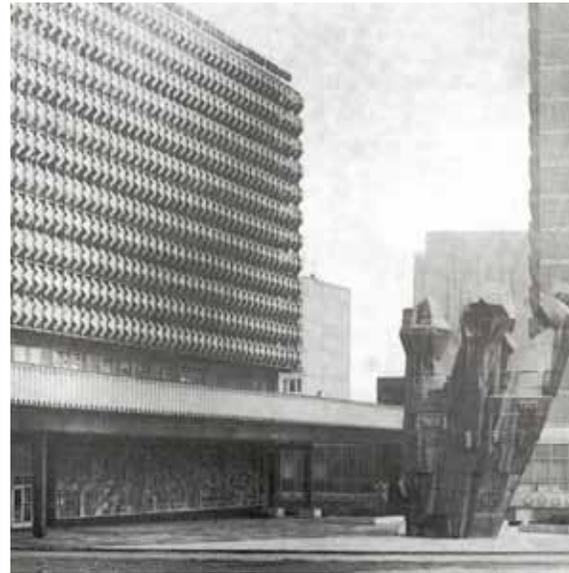


## Die Hochhäuser am Thälmannplatz – Bauen am Puls der Stadt

Der Riebeckplatz in Halle hat eine besondere Geschichte. Ist er heute die bedeutendste Verkehrsdrehscheibe rund um den Hauptbahnhof und zudem der verkehrsreichste Platz der östlichen Bundesländer, war er von jeher aus dem Leben der Stadt nicht wegzudenken. Schon vor Jahrhunderten trafen hier wichtige Straßenverbindungen aufeinander, kreuzten sich Leipziger Heerstraße, Magdeburger Weg, Reideburger Straße und Merseburger Weg. Im dunklen Mittelalter war hier der Galgen der Stadt aufgestellt. So hieß das Gebiet des heutigen Riebeckplatzes früher Galgenvorplatz. Nach dessen Abriss und später mit Aufnahme der Eisenbahnverbindungen 1844 stand der Platz immer wieder im Mittelpunkt der Stadtentwicklung, wurde verschönert und 1891 mit dem Namen des Industriellen Carl Adolf Riebeck geehrt.

Im Zweiten Weltkrieg waren zahlreiche repräsentative Gebäude rund um den Kreisel zerstört worden, allein der Verkehr nahm unaufhaltsam zu. In Ernst-Thälmann-Platz, kurz Thälmannplatz, umbenannt, war er der verkehrsreichste Knotenpunkt zu Zeiten der DDR. Im Zusammenhang mit dem Bau der „Chemiearbeiterstadt“ Halle-Neustadt ab 1964 und der Hochstraße wurde auch der Platzrand neu bebaut. Neben dem Hotel „Stadt Halle“ entstanden zwei Stadtbild prägende 23-geschossige Hochhäuser (seit 2011 abgerissen) – und die ersten in industrieller Fertigungsweise als Plattenbau realisierten Elfgeschosser der AWG „Frohe Zukunft“.

Der umwälzende Umbau des Riebeckplatzes war unbestritten ein Politikum: „Natürlich stören noch die alten Mietshäuser mit den dunklen Hinterhöfen“, erinnert „Die Welt“ an ein Zitat der SED-Stadtleitung aus dem Jahr 1967. „Aber was kümmert’s uns, wo wir wissen, daß ihr Schicksal bereits besiegelt ist. Auf den Reißbrettern der Architekten und Ingenieure entstanden moderne, vielgeschossige Hochhäuser, die an ihre Stelle rücken. Wir sind dabei, die unseligen Spuren der Riebecks zu verwischen. Und nicht lange währt es mehr, bis sich über die glatten Betonbahnen der Hochstraße und das darunter liegende Rund des Kreisverkehrs in endloser Schlange der Verkehr ergießt – von und nach unseren Chemie Giganten, von und nach Leuna, Buna, Bitterfeld, Wolfen, Gölzau – in alle Himmelsrichtungen.“<sup>1</sup>



1 Guratzsch, Dankwart: In Halle bahnt sich eine Katastrophe an, in: Die Welt vom 02. Dezember 2013, S. 16

## Die Kräne begannen sich zu drehen ...

... auch für die AWG „Frohe Zukunft“. An den beiden Adressen am Thälmannplatz – in der Kirchnerstraße 16, 17 sowie 13, 14 und 15 – entstanden 12 Einraum-, 17 Zweiraum-, 92 Dreiraum- und 58 Vierraumwohnungen.<sup>2</sup>

**Die Freude unter den Genossenschäftern, die hier nach so langer Wartezeit endlich eine Wohnung erhielten, war groß. Denn die Häuser waren modern und befanden sich zugleich mit ihrer zentralen Lage am heutigen Riebeckplatz am Puls der Zeit.**



Thälmannplatz 1970

Auch Paul Dey, heute 76 Jahre alt, damals Betriebschlosser in der Mafa und später Hausmeister bei der AWG, gehörte zu den Glücklichen. Er war 1963 in die Genossenschaft eingetreten, nachdem ihn zwei Kollegen – Willi Herrmann, ein Dreher, und Waldemar Müller aus der Blechschmiede – auf die Idee gebracht hatten. „Wir drei waren immer gemeinsam Fußball spielen bei ‚Motor Halle‘ auf dem Fußballplatz in der Emil-Fischer-Straße. Einmal die Woche gingen wir dorthin und ‚zischten‘ hinterher ein Bierchen. So kamen wir auch auf mein Wohnungsproblem zu sprechen.“ Die beiden waren im Vorstand der AWG und hatten bereits eine Wohnung, der eine in der Gaußstraße, der andere in der Südstadt, in der Pekinger Straße. Und Paul Dey brauchte eine Wohnung. Er war verheiratet, die Kinder kamen. „Wir wohnten in der Streiberstraße. Das waren schlechte Wohnverhältnisse, eine kleine Zweiraumwohnung im Hinterhaus.“ Für die Wohnung Eigenleistungen zu erbringen und Anteile zu zahlen, war damals normal, erzählt er. Er hat vor allem Schlosserarbeiten übernommen. Sieben Jahre hat es gedauert, bis er seine Wohnung bekam: eine Dreiraumwohnung im Elfgeschoss Kirchnerstraße 16. Erstbezug im September 1970. „Die Wohnung war zu der vorherigen mit Toilette auf halber Treppe geradezu paradiesisch. Das Bad mit Wanne und Dusche ein ungewohnter Luxus. Es war eine riesige Verbesserung!“

nd des  
s und  
n und  
ie ver  
en un-  
bedin-  
n und  
chafts-

**Nicht nur  
am Ball aktiv**

Das ist noch einmal eine Szene aus dem Fußballspiel der Betriebsfunktionäre gegen die Mannschaft Alte Herren der BSG Motor Halle, die aus den Spielern Paul Day, Manfred Dietrich, Peter Hammer, Conrad Reinsch, Horst Dehne, Dieter Hense, Kurt Lange, Waldemar Müller, Ulrich Koegel, Gerhard Schulze, Dieter Schwerner, Helmut Feimberg und Siegfried Löser bestand.

Übrigens sind die Alten Herren nicht nur auf dem Spielfeld aktiv. Im Rahmen der sozialistischen Masseninitiative renovierten sie außerhalb der Arbeitszeit das Sportlerheim.

Foto: Segnita

<sup>2</sup> AWG „Frohe Zukunft“: 25 Jahre AWG – 30 Jahre DDR. Halle 1979, Archiv FZWG



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

109

1973

Berlin, den 14. März 1973

Teil I Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
23. 2. 73	Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften	109

### Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften vom 23. Februar 1973

Auf Grund des § 3 Abs. 2 der Verordnung vom 13. Dezember 1972 zur Änderung von Rechtsvorschriften über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (GBl. I 1973 Nr. 5 S. 53) wird nachstehend die Neufassung der Verordnung über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften bekanntgemacht.

Berlin, den 23. Februar 1973<sup>®</sup>

Der Vorsitzende  
der Staatlichen Plankommission

I. V. Klopfer  
Staatssekretär

### Verordnung vom 21. November 1963 über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (GBl. II 1964 Nr. 4 S. 17)

in der Fassung

der Verordnung vom 15. Dezember 1970 zur Änderung von Rechtsvorschriften über die Finanzierung des Wohnungsbaues durch Wohnungsbaugenossenschaften (GBl. II Nr. 102 S. 765),

der Verordnung vom 9. März 1971 über die Änderung von Rechtsvorschriften (GBl. II Nr. 32 S. 266) und

der Verordnung vom 13. Dezember 1972 zur Änderung von Rechtsvorschriften über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (GBl. I 1973 Nr. 5 S. 53)

Die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften erfüllen bedeutende Aufgaben bei der Verwirklichung der Wohnungspolitik. Sie ermöglichen in breitem Umfange die aktive Teilnahme der Werktätigen bei der Errichtung zweckmäßiger und moderner Wohnungen. Bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erfordert die Verwirklichung der Wohnungspolitik, daß der genossenschaftliche Wohnungsbau stärker auf die Zentren der industriellen Entwicklung zur Verbesserung der Wohnbedingungen der Arbeiterklasse konzentriert wird. Durch ihre Bindung an die Betriebe fördern die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften die Bildung von Stammebelegschaften und tragen damit zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne bei.

In den Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften entstehen neue Gemeinschaftsbeziehungen zwischen den Werktätigen. Bei der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in den Wohngebieten wirken die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften aktiv mit.

Durch die finanziellen und materiellen Leistungen der Mitglieder der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, die Unterstützung der Trägerbetriebe und die Solidaritätsleistungen aller Betriebsangehörigen werden Mittel und Baukapazitäten eingespart und örtliche Reserven mobilisiert.

Mit der Betreuung der genossenschaftlichen Wohngebäude und Gemeinschaftseinrichtungen verwalten die Mitglieder einen beachtlichen Teil des Volkvermögens.

Zur weiteren Förderung und Entwicklung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues wird verordnet:

#### § 1

##### Allgemeine Grundsätze

(1) Die Entwicklung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (nachstehend AWG genannt) erfolgt auf der Grundlage der Jahresvolkswirtschaftspläne und Fünfjahrpläne.

(2) Der genossenschaftliche Wohnungsbau ist verstärkt zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter in den Industriezentren durchzuführen und soll zur Gewinnung von Fachkräften für die Betriebe beitragen. Hierfür ist der Bau einer größeren Anzahl Wohnungen zulässig, als Mitglieder zum Zeitpunkt des Baubeginns vorhanden sind.

#### § 2

##### Bildung von AWG

(1) AWG werden bei volkseigenen Betrieben und Kombinate gebildet.

(2) Sie können auch gebildet werden

- bei sonstigen Betrieben, einschließlich solchen des Groß- und Einzelhandels,
- auf der Grundlage einer gegenseitigen Vereinbarung zwischen mehreren Betrieben, in der sich diese Betriebe zur Unterstützung einer aus Arbeitern und Angestellten ihrer Belegschaften zu bildenden AWG verpflichten,
- bei den staatlichen Organen und Verwaltungen der demokratischen Massenorganisationen,
- bei den Universitäten, Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten sowie anderen staatlichen und ihnen gleichgestellten Einrichtungen,
- auf der Grundlage einer gegenseitigen Vereinbarung zwischen den unter Buchstaben a bis d genannten Betrieben und Einrichtungen, in der sich diese zur Unterstützung einer aus Arbeitern und Angestellten ihrer Belegschaften zu bildenden AWG verpflichten.

(3) Angehörige einer Produktionsgenossenschaft des Handwerks sowie einer Produktionsgenossenschaft der See- und Küstenfischer können Mitglied einer von den Arbeitern und Angestellten gebildeten AWG werden, wenn sich die Produktionsgenossenschaft der Vereinbarung der Betriebe gemäß Abs. 2 anschließt und sich damit zur Unterstützung der AWG verpflichtet.

(4) Zur besseren Erhaltung und Verwaltung der genossenschaftlichen Wohnungen sowie zur weiteren Entwicklung des genossenschaftlichen Lebens können

- sich in einer Stadt oder Gemeinde bereits bestehende AWG zu einer AWG zusammenschließen,
- in Wohngebieten, in denen mehrere AWG Wohnungen errichtet haben, selbständige AWG gebildet werden,
- überörtliche Zusammenschlüsse von AWG innerhalb eines Kreisgebietes oder Zweckverbandes von Gemeinden vorgenommen werden,



## Von „Jedem seine Wohnung“ zu „Jedem eine Wohnung“

Nach wie vor herrschte großer Wohnungsmangel. Das Heer der Wohnungssuchenden war unübersichtlich, die Bausubstanz veraltet und nach dem Krieg nicht nur beschädigt und reparaturbedürftig: Noch immer teilten sich Familien Wohnungen und Häuser und lebten auf engstem Raum. Das war der Zustand, in dem 1971 der VIII. Parteitag der SED ihren neuen Kurs bestimmte. In der propagierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sollten sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen in der DDR grundlegend ändern, sich die Wohnungsfrage als soziales Problem im Zeitraum von 1976 bis 1990 endlich lösen. Das Kernstück bildete dazu ab 1972 das Wohnungsbauprogramm der DDR. Es sah vor, bis zu 3 Millionen Wohnungen neu zu bauen oder zu modernisieren und dafür mehr als 200 Milliarden Mark des National-  
einkommens aufzuwenden.<sup>3</sup>

3 [de.wikipedia.org/wiki/Wohnungsbauprogramm\\_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wohnungsbauprogramm_(DDR))

Im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, findet sich das Ergebnis einer Umfrage zum Zustand der AWG im Jahr 1972, die der AWG-Bezirksbeirat in Form eines Fragebogens in Umlauf brachte.<sup>4</sup> Grund war die noch immer nicht abgeklungene Unzufriedenheit der Genossenschafter im Zusammenhang mit Neufassung der Verordnung über die AWG vom 21. Januar 1963 und die darin veränderten Bedingungen zur Wohnungsvergabe. Es ging ebenso um die bei weitem nicht zufriedenstellende Wohnraumsituation und die langen Wartezeiten. Auch die AWG „Frohe Zukunft“ beantwortete die Fragen und stellte unumwunden fest, dass die staatliche Einflussnahme auf die eigene Entwicklung stark eingeschränkt wurde: „Die AWG'n können nicht mehr beschließen (was und wann gebaut wird – d. Red.). Der Wohnungsbau ist Bestandteil der Territorial-Planung des Rates der Städte und Kreise.“ Oder: „Bei Neuaufnahmen (in die AWG – d. Red.) entscheiden die Trägerbetriebe, bei einem Wohnungstausch die Tauschpartner.“ Oder: „Bei Eintritt in eine AWG kann das Mitglied nicht die gewünschte Wohnungsgröße bestimmen, sondern die Familienstärke bestimmt entsprechend der Normen die Wohnungsgröße.“<sup>5</sup>

Am **23. Februar 1973** wurde die Verordnung über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften in einer neuen Fassung veröffentlicht. Sie verstärkte nunmehr per Gesetz den Einfluss der örtlichen Staatsorgane auf die Planung und Durchführung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

„Die Entwicklung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften erfolgt auf der Grundlage der Jahresvolkswirtschaftspläne und der Fünfjahrpläne.“<sup>6</sup> Zudem wurde die Vergabe neu geregelt, allerdings nicht im Sinne der unzufriedenen Altmitglieder. Nunmehr erfolgte sie „auf der Grundlage von Vorschlägen der Leiter und der Betriebsgewerkschaftsleitungen der Betriebe, der staatlichen Organe, Einrichtungen ... entsprechend der Familiengröße nach den im Musterstatut festgelegten Normen in Abhängigkeit vom Umfang der Arbeitsleistungen der Mitglieder“.<sup>7</sup> Das Eintrittsdatum spielte nun keine Rolle mehr. Nach „Jedem seine Wohnung“ galt nun „Jedem **eine** Wohnung“, die Zeiten der freien Entscheidung für Haustyp, Größe und Ausstattung der Wohnung durch die Mitglieder und ihre Versammlungen als höchstes Organ waren endgültig vorbei. Ausschließlich wurde jetzt zentral gebaut und zentral verteilt, am Tisch des Rates der Stadt bzw. des Bezirkes. Die seit den 1960er Jahren arbeitenden AWG-Beiräte waren denen als Kontrollorgane zur Seite gestellt.

4 LHASA, MER, M 501, 3. Abl., Nr. 4536, S. 282ff.

5 ebenda, S. 328

6 Gesetzblatt der DDR, 14. März 1973, Teil I Nr. 12 „Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über die AWG“ vom 23. Februar 1973, Seite 109

7 ebenda

## Die erste „Platte“ der „Frohen Zukunft“ steht in Süd I

In dem Entwurf einer Beschlussvorlage für eine „Regelung zur rechtzeitigen Festlegung des Anteils der in den Neubaugebieten zu errichtenden AWG-Wohnungen und der Planung und Durchführung der Eigenleistungen der Genossenschaften sowie der volkswirtschaftlichen Masseninitiative im Bezirk Halle“ vom Mai 1972 heißt es: „Mit der Grundsatzentscheidung für das Baugebiet ist der Anteil der Wohnungen für die AWG, GWG und volkseigene verbindlich festzulegen, der jährlich entsprechend der staatlichen Vorgaben zu präzisieren ist.“ Darüber wird „als einheitliche Bemessungsgrundlage zur Ermittlung von Vorgaben für Eigenleistungen bei AWG/GWG ... 500 Stunden/je bezugsfertige Wohnung angenommen und der AWG/GWG vorgegeben. ... Die Kreis-/Stadtbaudirektoren haben den Vorsitzenden des Kreisbeirates der AWG über den Umfang und die Art der Leistungen, die durch die AWG/GWG bzw. die Partner der volkswirtschaftlichen Masseninitiative mit den Baubetrieben vertraglich gebunden bzw. vereinbart sind, zu informieren.“<sup>8</sup>

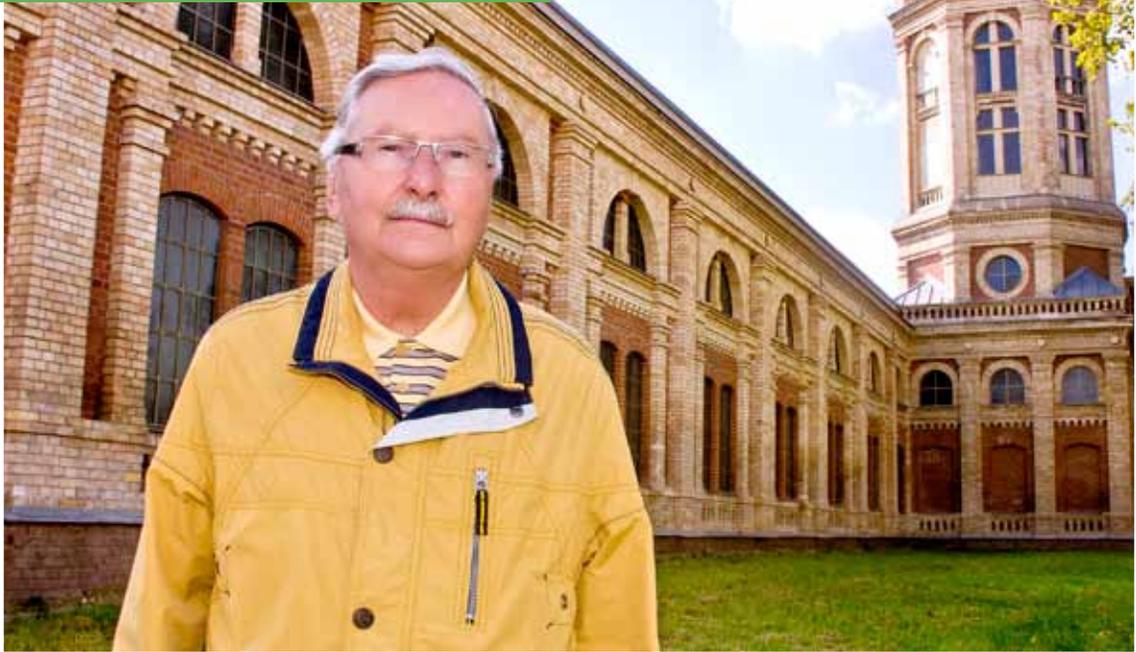
„Die Losung: ‚Was der Parteitag beschloss, wird sein!‘, wird bei uns umgesetzt“, schreibt Ernst Marin, der 1. Vorsitzende, in seinem Rückblick auf die Entwicklung der AWG „Frohe Zukunft“ im Jahr 1974 in der Betriebszeitung der Mafa „Das Werk“. „Partei und Regierung beschlossen eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen: Das Wohnungsbauprogramm zum Wohle unserer Mitbürger, staatliche Förderungsmaßnahmen für Nutzungsgebühren der Neubauwohnungen, der Anteil der AWG-Wohnungen im Wohnungsbauprogramm wurde erhöht. ... Ein verbessertes Verfahren bei Aufnahmen in die AWG sichert jedem delegierten Mitglied der Betriebe in einer angemessenen Wartezeit seine Wohnung zu. Die Größe der Wohnung richtet sich nach der Anzahl der Familienmitglieder. **Im Jahr 1974 werden alle alten, noch unversorgten Mitglieder ihre Wohnung erhalten.** 390 Mitglieder wurden für den Versorgungszeitraum bis 1975 aufgenommen.“<sup>9</sup>

Dafür wurde auch in Halle, in der seit den 1960er Jahren überwiegend genossenschaftlich bewohnten Südstadt I, wieder begonnen zu bauen. **Der erste Block der Groß-AWG „Frohe Zukunft“, der in diesem Bereich in der neuen, industriellen Plattenbauweise errichtet wurde, entstand Anfang der 1970er Jahre in der Kiewer Straße 2 – 4.**<sup>10</sup> Am **1. August 1972** konnte er bezogen werden. Er komplettierte die bis 1965 erbauten bzw. bis 1966 bezogenen Wohnungen des neuen Stadtgebiets und läutete damit die Ära eines schnelleren Bauverlaufs ein, die mit dem Wachsen einer Südstadt II ihre Fortsetzung finden sollte.

8 LHASA, MER, M 501, 3. Abl., Nr. 4536, S. 493

9 Marin, Ernst: 25 Jahre DDR – 20 Jahre AWG „Frohe Zukunft“, in: Unser Werk, Organ der SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Maschinenfabrik Halle, Nr. 13/74, 25. Jahrgang, S. 6, Archiv FZWG

10 FZ-Kurier, Ausgabe 01/2001, S. 11



**Rudolf Rummler:**

## „Rudi, kannst Du uns mal einen Gefallen tun ...?“

Rudolf Rummler, diplomierter Bauingenieur, engagierter Genossenschafter, langjähriges Aufsichtsratsmitglied nach der Wende, arbeitete seit 1968 in der Mafa und hatte – obwohl selbst in Feierabendarbeit für die Umgestaltung ausbaufähiger Objekte zu Wohnungen in der Maschinenfabrik zuständig – selbst keine anständige Bleibe. „Ein großes Zimmer in einem Haus in Diemitz mit Gemeinschaftstoilette und Wasserhahn auf dem Flur. Aber übers Wohnungsamt war nichts zu bekommen“, erzählt er. Über den für die Wohnungsvergabe in der Mafa verantwortlichen Kollegen erfuhr er von der Existenz der AWG und wollte Mitglied werden. „Doch zu dieser Zeit war Aufnahmestopp. Weil die Mitglieder, die schon zehn Jahre auf eine Wohnung warteten, zunächst einmal versorgt werden sollten.“

Erst 1973 wurde seinem Antrag stattgegeben, allerdings stand ihm mit seiner Familiensituation zunächst nur eine Einraumwohnung zu. Und wann die fertiggestellt sein würde, war völlig offen ... „Ernst Marin kam und sagte zu mir: Im nächsten Jahr kriegen wir 20 Wohnungen in der Südstadt zugewiesen, hier könntest Du mit etwas Glück eine bekommen.“ Schließlich bekam er nach 500 Stunden erbrachter Eigenleistungen im Oktober 1974 eine Wohnung mit drei Zimmern in der Südstadt II. Und zwar in der Straße der Befreiung 12, in einem Block, dessen Woh-

nungen zu einem Drittel (drei Hauseingänge) an Mitglieder der AWG „Frohe Zukunft“ und zu zwei Dritteln (sechs Hauseingänge) an solche der AWG „Freiheit“ vergeben wurden. Er hatte noch einmal Glück. Beim Losverfahren, bei dem die Schlüssel für die Wohnungen im Block und Ausgang gezogen wurden: „Es war die Wohnung 4, die in der ersten Etage rechts - unsere Wunschwohnung“. Darüber freut sich der Ruheständler noch heute.

Verdient hatte er sie sich redlich: Mit jahrelanger ehrenamtlicher Bauleitertätigkeit für die Genossenschaft, beim Bau der neuen Geschäftsstelle, bei der Organisation der Arbeiten an den Grünflächen im Wohngebiet, beim Verlegen von Bordsteinen und Gehwegplatten, beim Betonieren von Müllstellplätzen, dem Aufstellen von Teppichklopfstangen ... Dazu kamen Stundenbestätigungen, Aufmaße, Rechnungslegung. Die Liste ist lang. Stets hieß es: „Rudi, kannst Du uns mal einen Gefallen tun?“, und Rudolf Rummler ließ sich überreden. Auch für weiteres Engagement in der neuen Zeit nach 1989 mit der politischen Wende in der DDR. Immerhin ging es darum, die Genossenschaft in eine neue Zeit zu führen und ihr Fortbestehen mitzutragen.

**18 Jahre gehörte er dem Aufsichtsrat der Genossenschaft an, 2013 schied er aus der aktiven Arbeit aus.**

## Weiterbauen in Süd II

In der Wohnstadt Süd II waren die ersten Häuser in der Ufaer Straße im April bzw. Juni 1973 und Januar 1974 bezugsbereit, es folgten 1974 die in der Kattowitzer Straße und der Straße der Befreiung sowie 1975 bzw. 1976 die in der Mannheimer Straße und Hildesheimer, in der Ingolstädter sowie Züricher Straße. 1977 schließlich wurden die Häuserzeilen in der Rigaer Straße, Amsterdamer Straße, Brüsseler Straße und am Südstadtring sowie 1978 in der Genfer Straße fertiggestellt. 1975 war das Jahr, in dem die 3.000. Wohnung übergeben werden konnte.<sup>11</sup> Das Baujahr weist in diesem Gebiet 207 Einraum-, 414 Zweiraum-, 893 Dreiraum- und 231 Vierraumwohnungen aus.<sup>12</sup> **Ein gigantisches Baugeschehen, das immens große Probleme mit sich brachte.**

## Mangelwirtschaft im Wachstum

Dieter Birke, der Technische Leiter, erzählt von der schlechten Bauqualität. „Die Platten kamen aus dem Plattenwerk Dessau mit großen Maßungengenauigkeiten, regelrecht ‚windschief‘ auf der Baustelle an. Die Stahlformen wurden ja immer und immer wieder benutzt.“ Das Dachdeckerproblem in der DDR – einschließlich der Materialversorgung – war legendär. „Man war abhängig von der Bilanzverteilung beim Rat der Stadt. Ob GWG, AWG oder volkseigene Wohnungen – alle wollten versorgt werden. **Und für die drei AWG'n der Stadt Halle gab es gerade mal 6.000 Dachziegel für ein Jahr!**“<sup>13</sup>

Nicht minder spannend, weil problematisch, war der Mangel an größeren Wohnungen. „Der Plan musste ja erfüllt werden“, berichtet Dieter Birke weiter. „Der Baubetrieb sollte beispielsweise 500 Wohnungen bauen, die Stadtplan-Kommission schwarze Zahlen melden. Also wurden 500 gebaut, aber davon waren dann 200 Einraumwohnungen. Und die Familien mit zwei und mehr Kindern gingen leer aus.“<sup>14</sup> So entwickelte sich in der DDR ein großer – privater – Tauschmarkt. Man nahm die Wohnung, die man zugewiesen bekam,

um sie im Gegenzug gegen eine größere, kleinere, passendere zu tauschen. Vor allem diese Entwicklung und die Doppelmeldung von Wohnraumsuchenden bei der AWG **und** der Wohnraumlenkung führten zu einem stets unübersichtlichen Bild der Situation. Der Mangel an Baumaterial und Ersatzteilen führte zudem zu einer „regelrechten Kuckelei um Wohnungen. Die Trägerbetriebe der AWG unterstützten uns zwar, wo sie nur konnten“, erinnert sich Dieter Birke, „aber nicht selten wurde gesuchtes Material, ob für Elektro, ob für Sanitär, nur gegen Wohnungen abgegeben.“<sup>15</sup>



- 11 Bestandsunterlagen FZWG
- 12 AWG „Frohe Zukunft“: 25 Jahre AWG – 30 Jahre DDR. Halle 1979, Archiv FZWG
- 13 Zeitzeugenbericht Birke, Archiv FZWG
- 14 ebenda
- 15 ebenda

## Straßen, Wege, Hausumfeld in Eigenleistung

Manuelle Eigenleistungen erbrachten die Mitglieder der Genossenschaft nun vorrangig bei der Gestaltung von Grünflächen, Wegen und Straßen. Es war nicht selten so, dass das Umfeld rund um die neu erbauten Häuser und in den Wohngebieten nach dem Abrücken der Baubrigaden manchmal über Jahre unbefestigt, matschig und ohne Baum und Sträucher blieb. In einer Richtlinie, veröffentlicht im Januar 1973, legt die AWG die Höhe der Pflichtstunden fest: „Zur Unterstützung der Bauwirtschaft und zur Finanzierung der Baukosten ist jedes Mitglied verpflichtet, entsprechend der Wohnungsgröße folgende manuelle Arbeitsleistungen zu erbringen: „für eine 1-Raum-Wohnung 200 Stunden, für eine 1-½-Raum-Wohnung 300 Stunden, für eine 2-Raum-Wohnung 400 Stunden, für eine 2-½-Raum-Wohnung 500 Stunden, für eine 3-Raum-Wohnung 600 Stunden, für eine 2-2½-Raum-Wohnung 650 Stunden und für eine 4-Raum-Wohnung 700 Stunden.“<sup>16</sup> Auf Beschluss des Vorstandes konnte in Ausnahmefällen eine finanzielle Abgeltung erfolgen. Dabei wurde die Pflichtstunde mit 2,50 Mark berechnet.

*Für das Siedlungsgebiet Böllberg mit 75 Wohnungen war bereits 1973 der Grundstein gelegt worden, 1975 feierte man den Einzug. In den Jahren 1978 bzw. 1979 zogen AWG-Mitglieder der „Frohen Zukunft“ in die Voßstraße 2 bzw. 11, hier konnten 6 Einraum-, 8 Zweiraum-, 48 Dreiraum- und 24 Vierraumwohnungen übergeben werden.<sup>17</sup>*

17 25 Jahre AWG – 30 Jahre DDR, Chronik, Archiv FZWG



So arbeitete Rudolf Rummler, der im November 1974 eine Wohnung in der Straße der Befreiung bekam, jahrelang ehrenamtlich als Bauleiter für die Genossenschaft, half beim Bau der neuen Geschäftsstelle, bei der Organisation der Arbeiten an den Grünflächen im Wohngebiet, beim Verlegen von Bordsteinen und Gehwegplatten, beim Betonieren von Müllstellplätzen... Die Liste ist lang. Auch Brigitte Brendel, seit 1965 Angestellte der damals gerade gebildeten Groß-AWG und seit 1977 glücklich im Erstbezug der damaligen Dzierżyńskastraße 8, heutige Rigaer Straße, erinnert sich, wie sie und ihr Mann neben der Arbeit die notwendigen Eigenleistungen für die Wohnung erbrachten. Es waren Hilfsleistungen im Rohbau des Hauses, ihr Mann, früher Schweißer in einer PGH und später Hausmeister bei der AWG, fuhr z.B. Material und half beim Abladen.

16 Richtlinie zur Aufnahme von Mitgliedern in die AWG, Material Rummler, Archiv FZWG

Doppelseite zum 20. Jubiläum der AWG aus: „Unser Werk - Betriebszeitung des VEB Maschinenfabrik Halle“



# 25 Jahre DDI AWG „Frohe

## Die Geburtsstunde der AWG

Im Ergebnis aller Anstrengungen konnte am 17. September 1954 mit 24 eingeschriebenen Mitgliedern die Gründungsversammlung durchgeführt werden. 20 000 Mark aus dem Direktorenfonds der MaFa waren das Startkapital der AWG. Mit voller Zuversicht wurde der Antrag auf Registrierung beim Rat des Bezirkes gestellt. Große Enttäuschung – die Registrierung konnte wegen zu geringer Beteiligung nicht vorgenommen werden!

Am 30. September fand bei der IG Metall eine Sekretariatssitzung statt. Es wurde festgelegt, daß die Betriebe VEB Habimfa, VEB Pumpenwerke Halle, VEM Starkstromanlagenbau Halle, VEB Industrie-

werke Halle-Nord und VEB Maschinenfabrik Halle eine AWG bilden sollten. Durch eine zielgerichtete Werbung – wir hatten ja Erfahrung gesammelt – wurde erreicht, daß im Oktober die Mitgliederzahl auf 73 Kollegen angestiegen war. Zum zweiten Mal wurde der Antrag auf Registrierung gestellt. Unsere Bemühungen waren nicht vergebens. Die AWG wurde am 28. November 1954 registriert und bestätigt. Jetzt endlich war es soweit, alle Wünsche in die Tat umzusetzen. Finanzpläne für 30 Wohnungen, Girokonten für den Geldverkehr, Baupläne, alle Details wurden mit großem Eifer erarbeitet.

## Beginn an der Frohen Zukunft

Die erste Vollversammlung wurde am 11. Dezember 1954 mit einer Beteiligung von 70 Prozent durchgeführt. 24 Gäste waren eingeladen. Der erste Bauabschnitt an der Frohen Zukunft und die Vorbereitung für den zweiten Bauabschnitt wurden beschlossen. Eine angeregte Diskussion über den Ausstattungsgrad wurde geführt. Festlegungen, welche heute noch Gültigkeit haben könnten. Als erstes wurden die Arbeitsstunden festgelegt. 450 Arbeitsstunden sollten reichen. Später wurde die Anzahl der Arbeitsstunden korrigiert und auf die heute noch gültigen Pflichtstunden festgelegt.

In den Vorstand wurden gewählt: die Kollegen Grosche, Labitzke, Kaufhold, Hahn, Schröter; der Revisionskommission gehörten an:

die Kolleginnen Reinisch und Ihme sowie Kollege Erfurt. Bis Ende des Jahres stieg die Mitgliederzahl auf 73 Kollegen.

Große Enttäuschung erlebten die Kollegen, als am 2. Januar 1955 das Baulimit nur für 16 Wohnungen mit einer Gesamtsumme von 388 000 Mark genehmigt wurde. Durch einen Freundschaftsvertrag mit dem Ziegelwerk Wansleben konnten wir erreichen, daß noch zwei Wohnungen nachgenehmigt wurden. In Sonntagschichten wurden 50 000 Ziegelsteine zusätzlich hergestellt. Verhandlungen, abgeschlossene Verträge mit den Werkleitungen der Trägerbetriebe gaben den Mitgliedern der Betriebe die Möglichkeit, vorhandene Reserven zu nutzen.



## 20 Jahre Zukunft

Im 25. Jahr der Gründung unserer Republik werden alle alten, noch unversorgten Mitglieder der AWG ihre Wohnung erhalten. 390 Mitglieder wurden für den Versorgungszeitraum bis 1975 aufgenommen. Die Fotos der linken Seite zeigen Wohnblocks des 4. Bauabschnitts der AWG „Frohe Zukunft“ in Trotha und in Böllberg.

Die Fotos der rechten Seite entstanden während der Montage der Wohnblocks auf der Baustelle Böllberg. Sie wurden am 22. März dieses Jahres aufgenommen.

Fotos: Segnitz

### Große Hoffnungen in Taten umgesetzt

Das erste Baulimit in Höhe von 4 000 Mark für 18 Wohnungen und ein staatlicher Kredit von 3 000 Mark wurde uns zugeprochen. Am 17. November 1955 war es soweit. Die großen Hoffnungen wurden in die Tat umgesetzt. Der erste Spatenstich an der rohen Zukunft war der erste Anzeigerfolg. Mit Beginn der Arbeit wurde gleichzeitig über die Arbeit diskutiert. Aufgeräumt wurde mit den Vorstellungen zur Arbeit. Es kam eine Diskussion in Gang. Die gute noch für uns Richtschnur ist bei der Verwirklichung der innerenossenschaftlichen Demokratie. Immer mehr setzt sich die Kollektivität und gegenseitige Hilfe durch. Ein Prozeß der Bewußtseinsänderung wird eingeleitet.

Die verantwortlich eingesetzten Bauleiter waren keine Facharbeiter.

Neue Sorgen, das Studium von Fachliteratur, der Erfahrungsaustausch, standen jetzt im Vordergrund. Unsere Bauleiter waren plötzlich Leiter von Kollektiven, mußten fachliche Anleitungen geben, mußten lernen, Kollektive zu leiten, sie zu führen und hohe Leistungen zu vollbringen. Zu diesem Zeitpunkt wuchs eine neue Qualität heran. Eine Bewußtseinsumbildung wurde vollzogen. Das kollektive Denken stand im Vordergrund.

Inzwischen hatte sich die finanzielle Lage der AWG stabilisiert. Die Eröffnungsbilanz weist aus:

Betriebliche Zuschüsse:	
EB Maschinenfabrik Halle	20 000 Mark
EM Starkstromanlagenbau	20 000 Mark
EB Habäuf	7 000 Mark
EB Industriewerke Halle-Nord	3 000 Mark
EB Pumpenwerke	3 000 Mark
Betriebliche Zuschüsse insgesamt	53 000 Mark
Anteile der Genossenschafter	30 000 Mark
Kassenbestand	83 000 Mark
Eingesetzte finanzielle Eigenleistungen	53 226 Mark
manuelle Eigenleistungen	14 339 Mark

### Unter Führung der Partei

Am 29. Oktober 1955 war es soweit, die Richtkronen konnten hochgezogen werden. Welche Mühe, Arbeit und Leistung verbirgt sich darunter! In der Festansprache wurden besondere Leistungen gewürdigt, verbesserungswürdige Verwaltungsarbeit wurde kritisiert. Die Zu-

sammenarbeit mit den staatlichen Institutionen entsprach nicht unseren Vorstellungen.

Im Leistungsvergleich mit anderen AWG im Bezirk Halle wurde unsere AWG Bezirksleiter im Wettbewerb (Fortsetzung auf Seite 6)



## Marke Eigenbau: Die Geschäftsstelle Leibnizstraße 1a

Hunderte neue Wohnungen und der enorme Zuwachs an Mitgliedern verlangten eine moderne Verwaltung. Hatte noch in den 1950er Jahren ein Teilbüro auf dem Gelände der Maschinenfabrik für die Angelegenheiten der AWG genügt, war man mit der Fusion in zwei Wohnungen in der Dessauer Straße 184 gezogen. Mit der Bebauung des Thälmann-, späteren Riebeckplatzes belegte die AWG-Verwaltung zwei Büros im neu gebauten Haus des VEM Starkstromanlagenbaus. Doch auch die sollten nicht mehr für den immer umfangreicheren Verwaltungsaufwand reichen: 4.078 Mitglieder zählte die AWG im Jahr 1975<sup>18</sup>, 4.754 Mitglieder bereits drei Jahre später 1978.<sup>19</sup> Insgesamt 3.597 Wohnungen wurden 1975 bewirtschaftet<sup>20</sup>, 1978 waren es bereits 4.415 im Bestand.<sup>21</sup>

So rückte die Idee des Baus einer eigenen Geschäftsstelle in den Fokus. Dieter Birke erinnert sich: „Mit Mühe bekamen wir eine Baugenehmigung für den Bauplatz in der Leibnizstraße 1a, aber es gab keine Bilanzen, keinen Baubetrieb, kein Material. Also mussten wir alles selber machen. Allein mit aktiven Genossenschaftsmitgliedern und Feierabendbrigaden wurde das Gebäude errichtet, ein sogenannter „Initiativbau“. Und der war nicht einfach. „Hier war Auskohlungsgebiet, unterirdische Stollen durchziehen das Stadtgebiet, keiner weiß genau um ihre Lage“, erklärt Birke. „Wir brauchten also besondere Fundamente.“

Dank eines Trägerbetriebes, dem Metallleichtbaukombinat, konnte die Grundkonstruktion für das Haus aus Stahl gefertigt werden. 1977 war Einzug. „Das war ein ganz anderes Arbeiten in dem Neubau. Die Qualität der Leistung der Mitarbeiter war um vieles besser. Die Tausenden von Mitgliedern hatten endlich eine zentrale Anlaufstelle – und einen Saal, in dem die Delegiertenversammlungen durchgeführt werden konnten.“

18 Gestern – Heute – Morgen, 1996, Archiv FZWG

19 AWG „Frohe Zukunft“: 25 Jahre AWG – 30 Jahre DDR. Halle 1979, Archiv FZWG

20 siehe Fußnote 18

21 siehe Fußnote 19





Der Regiebetrieb, vorher in der Dessauer Straße in einem Flachbau untergebracht, zog ebenfalls auf das Areal der Leibnizstraße um, der neue Trakt beherbergte neben den Büros auch das Lager. „Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer hauptamtlich beschäftigten Mitarbeiter“, schreibt Ernst Marin rückblickend im 40. Jahr der DDR, „konnte 1976 der Reparaturstützpunkt in Trotha, 1977 das Verwaltungsgebäude mit Werkstätten und Lager, 1979 der Reparaturstützpunkt in der MTS-Siedlung übergeben werden. Damit verbesserten sich die Arbeitsbedingungen für 72 Handwerker und Angestellte der AWG. Mit Stolz und Freude nahmen sie ihr Werkstatt-Lager- und Verwaltungsgebäude in der Leibnizstraße 1a in Besitz.“<sup>22</sup> „Die Ausgestaltung der Werkstätten, der sozialen Einrichtungen und der Büros gewährleisten sozialistische Arbeitsbedingungen.“<sup>23</sup>

Mit der neuen Geschäftsstelle war man nunmehr auf der Höhe der Zeit – und gewappnet für mehr: Die AWG „Frohe Zukunft“ sollte mit noch mehr Mitgliedern und noch mehr neu gebauten Wohnungen an neuen Standorten der Stadt zu einer der größten Genossenschaft Halles wachsen.

„Die Mitglieder unserer Genossenschaft“, heißt es in der Chronik zum 25. Bestehen der AWG „Frohe Zukunft“, „leisteten in ihrer fünfundzwanzigjährigen Entwicklung über 2,5 Millionen Aufbaustunden. Dazu kommen die finanziellen Eigenleistungen und die genossenschaftlichen Anteile von über 9 Millionen Mark.“<sup>24</sup>



**25. Jubiläum - 1979**

Das 25. Jubiläum der AWG „Frohe Zukunft“ wurde mit Empfängen, Feiern und Auszeichnungen im November 1979 in der Geschäftsstelle in der Leibnizstraße gemeinsam mit den Trägerbetrieben begangen. (l.: So feierte man z.B. in der Geschäftsstelle den Karneval – Bildmaterial aus dem Brigadebuch)

22 AWG „Frohe Zukunft“: 35 Jahre AWG – 40 Jahre DDR. Halle 1989, Archiv FZWG

23 AWG „Frohe Zukunft“: 25 Jahre AWG – 30 Jahre DDR. Halle 1979, Archiv FZWG

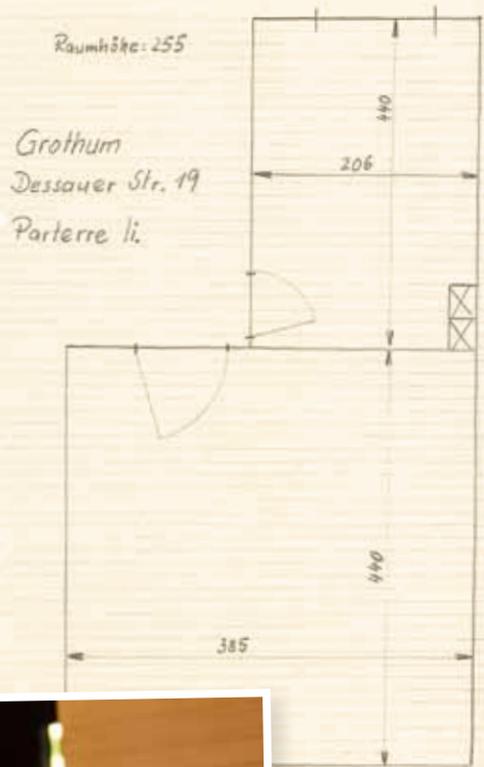
24 ebenda

Erika Grothum:

„Lass das mal die Männer machen!“

„Mein Name ist Erika Grothum und ich wohne seit dem 13. Juli 1976 in der Dessauer Straße. Damals bekamen wir diese Wohnung nur über eine Eingabe (eine Art Beschwerde), denn zuvor wohnten wir zu viert in einer Zweiraumwohnung. Die Prozedur war wie folgt: Man bekam drei Wohnungen angeboten und eine davon musste man nehmen, sonst hatte man Pech. Die ersten beiden waren für uns inakzeptabel, erst die dritte passte. Als wir an obengenanntem Tag mit einem LKW der GST (Gesellschaft für Sport und Technik - d. Red.), auf dem unser ganzes Hab und Gut verstaubt war, vorfahren, wurden wir freundlich empfangen. Ein Mieter des Hauses, Herr Böhme, schickte mich mit den Worten: „Lass das mal die Männer machen!“ in seine Wohnung zum Kaffee trinken. Erst als alle Möbel aufgebaut waren, holte man mich und meinen damals halbjährigen jüngeren Sohn wieder dazu. Unser ältester achtjähriger Sohn bezog stolz sein Kinderzimmer.

Die Jahre vergingen, aus Kindern wurden Leute und nun lebe ich allein in dieser Wohnung. Durch Wegzug und Todesfälle veränderte sich der Mieterbestand, trotzdem lebe ich heute noch gern in diesem Haus mit den sich nun verjüngenden Mitmietern. Ich hoffe noch lange, meine schöne Wohnung nutzen zu können.“



Rat des Stadtbez. Ost  
Dietzstraße

**Wohnraumzuweisung**  
(für den Mieter)

Name/Fam./Vorname: **Grothum, Günther**  
Beruf/VBeruf: **Behördenangestellter** Fam. Stöße: **2** Kinder u. 14 J.: **2**

Wohnort: **42 Merseburg**  
Ort/Postleitzahl: **Dessauer Str. 19**

Art der Wohnung: **3** Zimmer u. od. **43** qm **1** Küche u. od. **6** qm und Zubehörraum (z.B. Flur, Bad, Sanitärkabinen, Balkon, Loggia)

Verleiher: **VEG "Frohe Zukunft"**

Best.-Nr. 87 28 VV Spremberg Sp 33074/DOR 2224 B-19-1-212 Sp. Bitte Hinweise auf Rückseite beachten!

Jahr 1978

Nachstehend aufgeführte Beträge als Miete erhalten:

Datum	Monat	Betrag	Quittung
2.	Januar	41,90	Freibrief
1.	Februar	41,90	Freibrief
2.	März	41,90	Steinbrief
2.	April	41,90	Steinbrief
2.	Mai	41,90	Steinbrief
1.	Juni	41,90	Steinbrief
1.	Juli	41,90	Kuchel
1.	August	41,90	Steinbrief
1.	September	41,90	Steinbrief
2.	Oktober	41,90	Steinbrief
2.	November	41,90	Speltz
3.	Dezember	41,90	Freibrief

Bemerkungen:

**Brigitte Brendel:**

**„Ich würde noch heute bei der ‚Frohen Zukunft‘ arbeiten gehen!“**

Ungehindert und weit kann man von der Loggia ihrer Wohnung ins Grün rund um Halle schauen. Rechts zeigt Brigitte Brendel durch die weit geöffneten Fenster den fernen Petersberg, weit gehen auch ihre Erinnerungen zurück. 26 Jahre hat sie bei der AWG gearbeitet. 1965 war sie vom Rat der Stadt, Stadtbezirk Süd, gekommen, der damalige Bürgermeister hatte sie zur AWG vermittelt. Sie begann als Kontoristin, war später Buchhalterin, organisierte Reparaturen, Handwerkereinsätze und die Lagerhaltung. „Wir hatten gute Verbindungen und volle Lager. Aber viele Dinge waren Mangelware, eigentlich alles, vom Waschbecken bis zur Schraube“, lächelt sie. „26 Jahre habe ich dort gearbeitet und würde noch heute in die ‚Frohe Zukunft‘ arbeiten gehen! Es war eine gute Zeit.“

Zu der gehörte, dass sie selbst 1977 eine Wohnung zugewiesen bekam, eben jene in der Rigaer Straße 8, „Erstbezug bis heute.“ Sie war mit ihrem Mann und dem Sohn in diese zwar kleinere, aber moderne Wohnung gezogen. „Die durften wir uns damals aussuchen und haben uns für jene auf der Fahrstuhletage entschieden, damit wir keine Treppen laufen müssen“, erzählt die heute 83jährige. „Vorher wohnten wir in einer Dreiraumwohnung in der Otto-Kilian-Straße, aber der Junge war eh bald aus dem Haus und diese Wohnung hatte einen Balkon.“

Natürlich waren auch für Angestellte der Genossenschaft Eigenleistungen Pflicht. Die Stunden erbrachte die Familie wie alle neben der Arbeit. Familie Brendel erbrachte Hilfsleistungen im Rohbau des Hauses, der Mann, früher Schweißer in einer PGH und später Hausmeister bei der AWG, fuhr z.B. Material und half beim Abladen. „Außerdem waren die Anteile einzuzahlen, für eine Zweiraumwohnung 1.200 Mark. Das sind heute 600 Euro, eine Menge Geld!“ In den 26 Jahren ist die AWG groß geworden. Als Brigitte Brendel ihre Arbeit dort begann, waren gerade die ersten Wohnungen in der Gaußstraße fertig.



„Dann kamen die Südstadt, die Silberhöhe ... Die Entwicklung war erstaunlich.“

Kurz nach der Wende ging Brigitte Brendel in den wohlverdienten Rentenstand, jetzt war sie mehr Beobachter der Wandlungen. Auch ihr Haus in der Rigaer Straße wurde im Zuge der Bestandssanierung im Jahr 2003 modernisiert. „Da hat die Genossenschaft als Ausgleich für die Belästigungen im Zusammenhang mit den Bauarbeiten Ausflüge organisiert. Das war eine nette Geste“, erinnert sie sich. Viel hat sich verändert. Hinter dem Haus der Rigaer Straße ist ein richtiges kleines Refugium entstanden, eine kleine Parklandschaft mit Teich und Steg. „Ich bleibe hier wohnen, solange ich kann“, sagt die alte Dame und schließt die Fenster wieder.

Wolfgang Oehler:

## Wenn Bilder Geschichten erzählen

Lange hatte Wolfgang Oehler nach ihnen gesucht, in Schränken, in Schubladen und Ordnern. Oft hatte er sich zu erinnern versucht, wo sie geblieben sein könnten: Die Bilder aus den Anfängen der MTS-Siedlung. Und gab es da nicht auch welche aus 1980, als man den 20. Geburtstag des Einzugs in die Emil-Fischer-Straße 2a in Hausgemeinschaft feierte ...? Es schien, als seien die Aufnahmen im Strudel turbulenter Zeiten ebenso abhandeln gekommen wie das kleine „a“ in der Adresse, die heute einfach Emil-Fischer-Straße 2 heißt. Doch als er für diese Chronik die alte Wandzeitung, die zu eben jenem Anlass entstand, in seinem Keller hervorkramte, rutschten die alten Fotos hervor. „Das war eine Überraschung“, freut sich der rüstige Rentner und erklärt Bild für Bild. „Hier, das könnte der Rohbau unseres Hauses sein. Einzug war ja 1960. Und hier, da hat es in der Moses-Biletzky-Straße mal gebrannt.“ Ein anderes Foto zeigt, wie die Kinder des Hauses Männern beim Straßenbau in der Siedlung zuschauen, ein weiteres den Hinterhof samt Müllplatz. „Dieses Bild hier“, weist er auf eine fröhlich abgebildete Runde, „entstand auf unserer Feier. Die fand im Waschhaus statt. Und genau hier kann man sogar die Wandzeitung sehen.“

Aber von den Dingen, mit denen Wolfgang Oehler als aktiver Genossenschafter jener Jahre betraut war, gibt es leider keine Bilder. Er engagierte sich von Anbeginn in der MTS-Siedlung. Hier gab es ein sogenanntes „Kleinelager“, das er im Auftrag der Genossenschaft ehrenamtlich führte. „Das war ein kleiner Holzschuppen. Hier wurden die Rasenmäher für die Grünflächenpflege ebenso ausgegeben wie der Ersatz für die kaputte Glühbirne im Treppenhause. Jeweils freitags von 18 bis 20 Uhr konnten die Leute außerdem bei mir

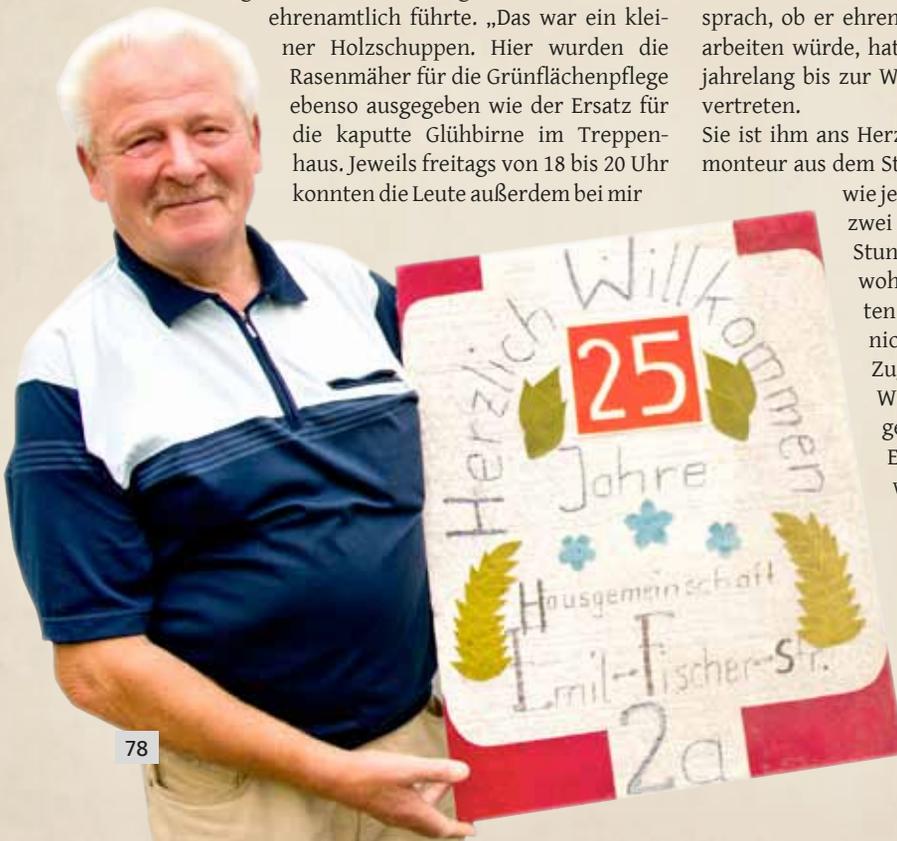


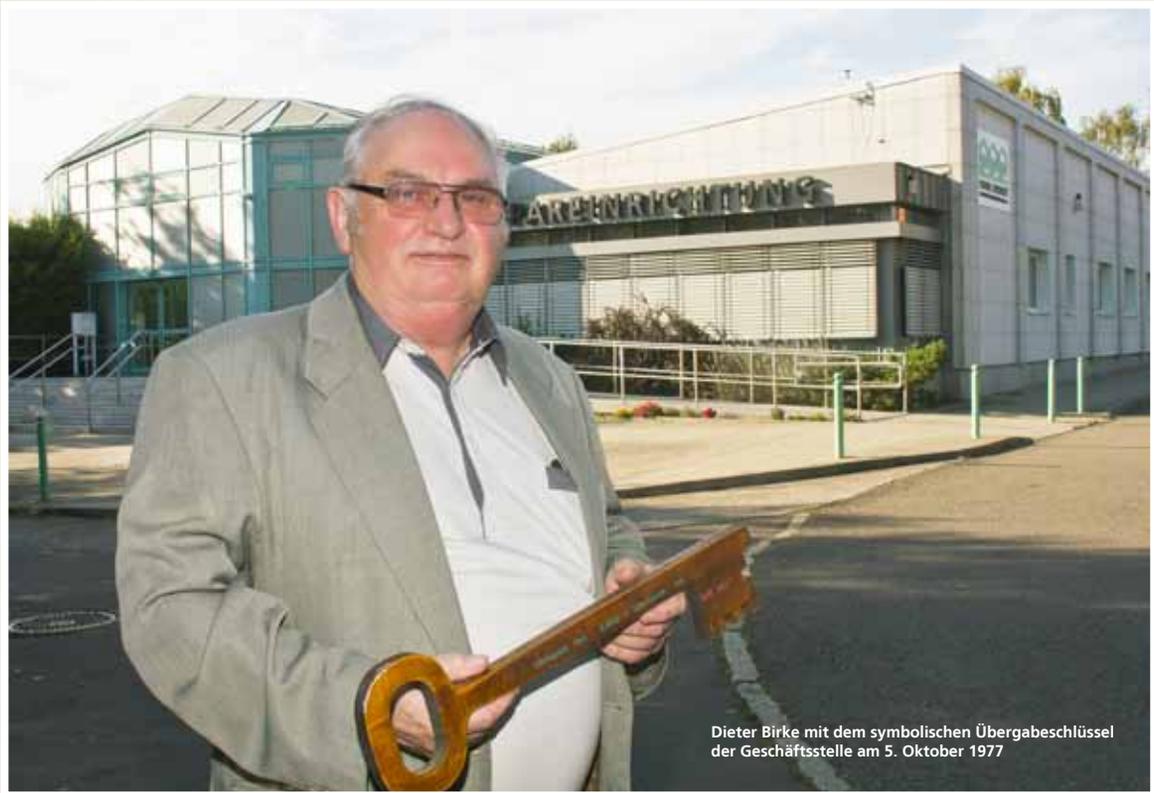
ihre Reparaturmeldung abgeben und sich so manchen Weg in die Geschäftsstelle sparen.“ Elektroreparaturen erledigte er selbst in Feierabendarbeit und war auch sonst stets Ansprechpartner für die Dinge im Gebiet. Als man ihn Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre ansprach, ob er ehrenamtlich im Vorstand der AWG mitarbeiten würde, hat er schließlich „ja“ gesagt und dort jahrelang bis zur Wende die Belange der MTS-Siedlung vertreten.

Sie ist ihm ans Herz gewachsen, dem früheren Elektromonteur aus dem Starkstromanlagenbau Halle, der 1958 wie jeder damals Wohnraum suchte. „Nach zwei Jahren Wartezeit und geleisteten Stunden bekamen wir diese Zweiraumwohnung, weil wir noch kein Kind hatten.“ Und wohnt bis heute dort, jedoch nicht mehr als Genossenschafter: „Im Zuge der Privatisierung haben wir die Wohnung – zu moderaten Bedingungen – kaufen müssen.“

Ein wenig klingt da Wehmut mit: „Wir wären auch gern in der Genossenschaft geblieben.“ So gilt sein ganzes Engagement heute dem Beirat einer Wohnungseigentümergeinschaft der Siedlung: **Wolfgang Oehler im Unruhestand.**

Auch den 25. Geburtstag beging man feierlich. An das Vierteljahrhundert erinnert diese Wandzeitung.





Dieter Birke mit dem symbolischen Übergabeschlüssel der Geschäftsstelle am 5. Oktober 1977

*Dieter Birke:*

### „Ein Neubau ohne Heizung?“

„Durch den schnellen Anstieg der Genossenschaftsmitglieder und den dadurch erheblichen Zugang von neuen Genossenschaftswohnungen war eine gut funktionierende Verwaltung nötig. Auf Grund verschiedener Standorte der Büros (Mafa, VEM, Dessauer Straße) war eine gute Mitgliederbetreuung schwierig. Deshalb entschieden Vorstand und Geschäftsleitung mit Zustimmung der Vertreterversammlung 1974, einen Neubau zu errichten. Als einziges Baugrundstück stand das Gelände in der Leibnizstraße zur Verfügung. Mit der Hilfe eines Architekten brachten wir unsere Vorstellungen zu Papier.

#### *Wie sollte ein sinnvoller Neubau aussehen?*

Fünf Schwerpunkte sollten dabei eingearbeitet werden: Büroräume, Werkstatt und Umkleieräume mit Sanitärtrakt, ein Ersatzteillager, ein Saal für Versammlungen mit Küche sowie eine Hausmeisterwohnung. Nachdem der Architekt in Feierabendarbeit alle Planungsarbeiten durchgeführt hatte, reichten wir die Unterlagen für die Baugenehmigung ein.

Wir wussten, dass heiztechnisch nur eine Kohleheizanlage möglich war. Jedoch stimmte das Stadtbauamt der Kohleheizung nicht zu, da die Abgase für das Wohngebiet nicht zumutbar waren.

#### *Was nun? Ein Neubau ohne Heizung?*

Die einzige Alternative waren Elektroheizungen (Nachtspeicheröfen), Gasheizungen waren technisch nicht möglich. Das nötige Stromkabel war allerdings nicht vor Ort. Auf Vorschlag der Energieversorgung wurde es möglich, eine neue 300 Meter lange 380-Volt-Drehstromleitung in Eigenleistung zu verlegen. Wir schachteten dann an zwei Wochenenden mit unseren Genossenschaftsmitgliedern, die AWG-Stunden ableisten mussten, den 300 Meter langen Kabelgraben von Hand aus. Das nächste Problem, das auf uns zukam, war, dass wir trotz Baugenehmigung vom Rat der Stadt keine Bilanzen, weder für Baubetriebe noch für Material, erhielten.

Dank unserer Trägerbetriebe, dem Metallleichtbaukombinat, VEM Starkstromanlagenbau, Wohnungsbaukombinat, Straßen-Brücken-Tiefbaukombinat und Mafa sowie einiger 100 AWG-Mitglieder und Feierabendbrigaden, haben wir den Neubau in einer 18monatigen Bauzeit fertiggestellt.“